



## MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 2. OKTOBER 2024

### Ungarn erlebt schlimmstes Hochwasser seit zehn Jahren

Zwischen dem 17. und 23. September 2024 erreichte Ungarn das schlimmste Hochwasser seit zehn Jahren. Aufgrund einer längeren Dürreperiode hatte der Wasserstand der Donau in Budapest noch am 10. September bei nur 120 cm gelegen, was sich in den darauffolgenden Tagen jedoch ins Gegenteil verkehrte. Nach langanhaltenden, intensiven Regenfällen durch das Sturmtief Boris in Süddeutschland, Österreich, Tschechien und der Slowakei stiegen auch die Wasserstände der Donau in Ungarn auf rekordverdächtige Pegel. Ministerpräsident Viktor Orbán sagte im Angesicht der angespannten Hochwassersituation sämtliche Auslandsreisen ab.

Bereits Tage im Voraus wurden mit Sandsäcken, Dämmen und Schutzmauern intensive Vorkehrungen getroffen, um die Hochwasserschäden im Land und der Hauptstadt einzudämmen. Neben der Wasserschutzbehörde und tausenden Freiwilligen beteiligte sich auch das Militär. 12.000 Soldaten standen für den Notfall auf Abruf. An Straßen in Flussnähe wurde bereits frühzeitig der Individualverkehr eingeschränkt, der internationale Zugverkehr aus Tschechien, Polen, der Slowakei und Österreich kam stellenweise zum Erliegen. Besonders dramatisch war die Lage am Donauknie, wo die Leitha mit der Donau zusammenfließt. Am 17. September wurde die dritte Alarmstufe ausgerufen.

Am 21. September erreichte der Wasserspiegel in der Hauptstadt schließlich seinen Höchststand: Um 5 Uhr morgens verzeichnete man einen Pegelstand von 830 cm. Damit blieben die Pegelstände der Rekordflut vom 8. Juni 2013 mit 891 cm und auch der prognostizierte Höchstwert von 850 cm unerreicht. Während die unteren Flusspromenaden der Hauptstadt schon am 17. September überflutet waren und damit der Individualverkehr sowie einige Straßenbahnlinien nicht mehr verkehren konnten, blieben die Wasserstände am 21. September nur wenige Zentimeter unter den Mauern der oberen Kais stehen, sodass Fußgängerzonen und Wohngebäude in Budapest von den Wassermassen verschont blieben. Der landesweit höchste Pegelstand wurde weiter flussabwärts im Süden Ungarns in Dunaszekcső mit 904 cm am Morgen des 24. September festgestellt.

Nicht überall in Ungarn kamen die Siedlungen so glimpflich davon wie in der Hauptstadt. In Szentendre beispielsweise drang der Fluss bis in die unteren Stockwerke von Wohngebäuden vor, sodass einige Bewohner mit Kanus evakuiert werden mussten. Zu Trinkwasserverunreinigungen durch den ausufernden Fluss kam es in Dömös und Kisoroszi. Insgesamt war Ungarn auf die jüngsten Überflutungen jedoch wesentlich besser vorbereitet als beim letzten großen Hochwasser von 2013. Seitdem sind etwa 150 Mrd. Forint (380,4 Mio. Euro) in den Hochwasserschutz investiert worden. Zusammengenommen erfolgte die Hochwasserabwehr auf einer Flusslänge von 550 Kilometern. Neben der Donau wurden auch an der Leitha, der Raab und der Marcal Abwehrmaßnahmen vorgenommen. Während sich die Gesamtzahl der Toten in Europa nach Ende der Hochwasser auf mindestens 31 beläuft, gab es

in Ungarn glücklicherweise keine Todesfälle zu beklagen. Der finanzielle Schaden könnte allerdings schätzungsweise mehr als 10 Mrd. Forint (25 Mio. Euro) betragen.



*Blick auf die überschwemmten Grundstücke im Dorf Adony im Komitat Fejér.*

Quelle: MTI / Gergely Jánossy

Die Flut könnte möglicherweise auch politische Wellen schlagen, wie das Meinungsforschungsinstitut Nézöpont bekanntgab. Im Rahmen seiner Sonntagsfrage gab das Institut an, dass Oppositions-Newcomer Péter Magyar mit seiner Partei Tisza, die in den Sonntagsfragen der letzten Monate einen steilen Aufstieg in den Umfragewerten bis knapp unter 40 Prozent hingelegt hatte, zwei Prozentpunkte verloren habe, während Fidesz-KDNP, Linksbündnis und die rechtsradikale Mi Hazánk leicht zugelegt hätten. Das Risikomanagement während der Hochwasserlage und das Absagen von Viktor Orbáns Auslandsreisen habe laut Einschätzung des Instituts für ein gesteigertes Vertrauen in die Regierung in der Bevölkerung gesorgt. Péter Magyar hatte bereits ab dem 15. September medienwirksam selbst Hand angelegt, um die Ufer der Donau abzusichern. Gleichzeitig hatte er die Regierung angegriffen. Dieses Auftreten könnte in der Bevölkerung jedoch als purer Aktionismus und seine Regierungskritik als Missbrauch der Katastrophenlage für seine Agenda angesehen worden sein. Ob der Rückgang in den Beliebtheitswerten der Tisza-Partei eine Trendwende darstellt, ist langfristig noch nicht abzusehen.

## **Besorgnis um Schengen nach Schließung der deutschen Außengrenzen: Ungarn fordert politischen Rückhalt der EU beim Grenzschutz**

Ungarn ist eines der am stärksten involvierten Länder in der Europäischen Union, wenn es um die Debatte des Außengrenzschutzes geht. Seit Beginn der Migrationskrise 2015 hat die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán den Grenzschutz zur nationalen Priorität erklärt. Seither fordert diese auch eine Beteiligung der EU an den Kosten. Gergely Gulyás, ungarischer Kanzleramtsminister, betonte in diesem Zusammenhang kürzlich erneut, dass Ungarn eine Rückerstattung der entstandenen Aufwendungen in Höhe von 2 Mrd. Euro erwarte und, falls nötig, die EU-Kommission sogar verklagen werde, sollte dies nicht erfolgen. Die Sicherung der Grenze zu Serbien, die Ungarn mit einem Zaun befestigte, sei seinen Worten zufolge ein Dienst an der gesamten Union und diene zur Sicherstellung, dass illegale Migration bereits an der Außengrenze gestoppt werde.

Die ungarische Regierung hat nun EU-Minister János Bóka damit beauftragt, in Verhandlungen mit der Europäischen Kommission Lösungen für eine gemeinsame Finanzierung des Grenzschutzes zu finden. Bóka wurde mit dem Mandat ausgestattet, klarzustellen, dass Ungarn keine Zugeständnisse bei der nationalen Souveränität machen werde. Kanzleramtsminister Gulyás verwies dabei auf das eindeutige Ergebnis der Nationalen Konsultation: Die Bevölkerung stehe geschlossen hinter der Regierung, wenn es darum gehe, unkontrollierte Zuwanderung abzuwehren.

Als eines der zentralen Probleme sehe Ungarn die inkonsequente Umsetzung des Schengen-Abkommens durch andere Mitgliedstaaten. Bereits 2015 habe man in Ungarn davor gewarnt, dass das Schengen-System zusammenbrechen werde, wenn die Außengrenzen nicht effektiv gesichert würden. Diese Vorhersage scheint sich nun zu bewahrheiten: Deutschland, das sich lange gegen strikte Grenzkontrollen gewehrt hatte, führte am 16. September allgemeine Grenzkontrollen zu seinen Nachbarländern ein. Gulyás kritisierte diese Entscheidung scharf und betonte, dass die illegale Migration nicht nur Schengen, sondern auch den Binnenmarkt gefährde. Die Verantwortung für daraus resultierende Folgen liege bei jenen Staaten, die den Außengrenzschutz in den letzten Jahren vernachlässigt hätten.

Ministerpräsident Orbán selbst nahm in einem Interview im Kossuth-Radio Bezug auf die aktuelle Situation und stellte fest, dass die deutsche Regierung unter dem Druck der eigenen Bevölkerung handele. Er erinnerte daran, dass Ungarn bereits 2015 eine „Invasion“ durch unkontrollierte Migration habe abwehren müssen und sich entschieden habe, einen Grenzzaun zu errichten. Dies habe das Land vor den sozialen und wirtschaftlichen Problemen bewahrt, die viele westeuropäische Länder nun erlebten. Orbán kritisierte besonders, dass Länder wie Ungarn, die ihre Schengen-Verpflichtungen erfüllen würden, von der EU bestraft würden, während andere Staaten, die keine effizienten Maßnahmen zum Schutz der Außengrenzen ergriffen hätten, unbehelligt blieben.

In diesem Zusammenhang forderte Orbán, dass die EU ihre Politik überdenken müsse und Ungarn für seine Bemühungen im Grenzschutz nicht nur finanziell unterstützen solle, sondern man auch politischen Rückhalt erwarte. Die ungarische Regierung werde ihre Verpflichtungen gegenüber dem eigenen Land und Europa weiter wahrnehmen, doch sei es nun an der Zeit, dass die Europäische Union ebenfalls Verantwortung übernehme. Der Grenzschutz sei nicht nur eine ungarische Angelegenheit, sondern diene der Sicherheit des

gesamten Kontinents. Orbán schloss mit der Aufforderung, dass Europa seine Prioritäten neu ordnen müsse, um die Stabilität und Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten.

### **Nach EuGH-Urteil: 200 Millionen aus ungarischem EU-Haushalt gestrichen**

Nachdem der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Juni eine Geldstrafe in Höhe von 200 Mio. Euro plus weiteren Tagessätzen von 1 Mio. Euro gegen Ungarn verhängt hatte, da das Land mit seinem Asylverfahren gegen EU-Gemeinschaftsrecht verstoße – wie wir im [Monatsbrief aus dem Juli](#) berichteten –, wurden im September neue Entwicklungen in dieser Angelegenheit bekannt. Ungarn hatte zunächst in Reaktion auf das außergewöhnlich hohe Strafmaß angekündigt, die angeordneten Strafzahlungen nicht leisten zu wollen. Daraufhin veröffentlichte die EU-Kommission am 18. September eine Entscheidung, wonach ein sogenanntes Ausgleichsverfahren eingeleitet werde. „Wir werden nun die 200 Millionen Euro von bevorstehenden Zahlungen aus dem EU-Haushalt an Ungarn abziehen“, heißt es in der betreffenden Stellungnahme.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán bezeichnete die Entscheidung als „empörend und inakzeptabel.“ Für Aufsehen sorgte überdies eine Androhung, Migranten aus Ungarn mit Bussen nach Brüssel zu fahren, was bei Regierungsmitgliedern Belgiens und der EU-Kommission für Empörung sorgte. In diesem Sinne wurden als PR-Aktion Linienbusse mit der Aufschrift „Röszke – Brüssel“ (Röszke ist der Ort des ungarisch-serbischen Grenzübergangs) in einem zentralen Budapester Busbahnhof platziert.

Eine Entspannung des abgekühlten Verhältnisses zwischen Brüssel und Budapest scheint auf weiteres nicht in Sicht. Ungarn verkündete, seine Asylpolitik nicht ändern zu wollen und kündigte an, nun wie die Niederlande eine Ausnahmeregelung (sog. Opt-out) von den EU-Asylregeln beantragen zu wollen. Ein Erfolg dieses Vorhabens ist als gering einzuschätzen, da alle 27 Mitgliedstaaten der EU diesem Vorhaben zustimmen müssten.

### **„Freunde des Friedens“ und Konzept der wirtschaftlichen Neutralität vorgestellt**

Ungarn hat seine selbsterkorene Rolle als Friedensvermittler bei den Vereinten Nationen weiter ausgebaut. Außenminister Szijjártó appellierte auf der 79. UN-Generaldebatte am 10. September eindringlich an die Großmächte, endlich Verhandlungen aufzunehmen, um den seit knapp eintausend Tagen andauernden Krieg in der Ukraine zu beenden. Szijjártó kritisierte die bisherige Vorgehensweise der internationalen Gemeinschaft, insbesondere die Waffenlieferungen, die nur zu einer Verlängerung des Konflikts geführt hätten. Anstatt den Frieden näherzubringen, habe der militärische Weg zu mehr Opfern und Zerstörung geführt. Die Vereinten Nationen müssten ihre ursprüngliche Rolle als Plattform für den Dialog wieder einnehmen und Großmächte wie die USA und Russland an den Verhandlungstisch bringen.

China indes dankte Ungarn für seine Rolle in der Inspiration zur Gründung der Gruppe „Freunde des Friedens“. Diese Gruppe, die von Ländern wie Brasilien, Saudi-Arabien und Mexiko unterstützt wird, setzt sich aktiv für eine politische Lösung des Ukraine-Konflikts ein. Chinas Außenminister betonte, dass insbesondere der Globale Süden Frieden fordere und keine militärische Lösung sehe. Ungarn unterstütze den brasilianisch-chinesischen Friedensplan, der weltweit auf breite Zustimmung stoße, und arbeite daran, diesen Ansatz

weiter voranzutreiben. Ministerpräsident Viktor Orbán kündigte weitere Friedensinitiativen an, die im Laufe des Jahres folgen sollen.

Ungarn hat in den letzten Wochen nicht nur als treibende Kraft der Friedensinitiative „Freunde des Friedens“ fungiert, sondern auch als Akteur, der eine neue wirtschaftliche Strategie für das Land verfolgt. Beim jährlichen Bürgerlichen Picknick in Kötese stellte Viktor Orbán den Begriff der „wirtschaftlichen Neutralität“ vor. Orbán betonte, dass die ungarische Wirtschaft nur dann nachhaltig wachsen könne, wenn sie sich von geopolitischen Blockbildungen distanzieren und eigenständig entscheide, mit welchen Partnern man Handel treibe. Diese Strategie bezeichnete er als „das Herzstück der ungarischen Wirtschaftspolitik“. Sie solle gewährleisten, dass Ungarn seine Beziehungen sowohl zu westlichen als auch zu östlichen Wirtschaftsmächten pflegt.

Die Bedeutung der wirtschaftlichen Neutralität hob Orbán besonders in Bezug auf die energiepolitischen Beziehungen hervor. Er wies darauf hin, dass Ungarn bewusst die Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Ländern – darunter auch Russland und China – aufrechterhalte, um seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren. Diese Herangehensweise, so Orbán, ermögliche es Ungarn, in allen Richtungen offen zu bleiben und sowohl Kapital als auch Technologien aus verschiedenen Teilen der Welt zu integrieren. Bei einem anschließenden Interview ergänzte Orbán seine Aussagen mit den Worten: „Wir brauchen einen Ludwig Erhard“. Dieser neue „Ludwig Erhard“ müsse die Zügel der Wirtschaftspolitik und der Haushaltsplanung gleichzeitig in Händen halten, um besagten Aktionsplan umsetzen zu können.

### **Ungarn und die Slowakei beziehen weiterhin Öl aus Russland**

Im Streit um russische Öllieferungen durch ukrainisches Staatsgebiet sind die Ukraine und Ungarn zu einer Einigung gekommen. Ungarns größter Mineralölkonzern MOL schloss Vereinbarungen mit den Betreibern der Pipeline „Druschba II“ (zu Deutsch „Freundschaft“), die die Ölfelder Sibiriens mit Ost- und Mitteleuropa verbindet. Eine mögliche Energiekrise, wie noch im Juli von Seiten Ungarns und der Slowakei befürchtet, konnte damit abgewendet werden. Bereits im Juni verbot die Ukraine den Transport von Öl des russischen Mineralölkonzerns Lukoil, Ungarns wichtigstem Lieferanten mit etwa einem Drittel Gesamtanteil aller Öllieferungen, durch ukrainisches Territorium. Anderen Konzernen blieb die Nutzung erlaubt. Die Transporte von Lukoil liefen zunächst weiter, bis die beiden Visegrad-Staaten Mitte Juli vermeldeten, kein Öl von Lukoil mehr zu empfangen. Mit der nun geschlossenen Kompromisslösung übernimmt seit dem 9. September 2024 MOL das Eigentum der Öllieferungen direkt ab der belarussisch-ukrainischen Grenze, womit die Versorgungssicherheit Ungarns vorerst gesichert ist.

Im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine im Februar 2022 beschloss die EU weitreichende Sanktionen, um russische Öllieferungen in EU-Mitgliedstaaten und damit Einnahmen für Russlands Krieg zu unterbinden. Wegen ihrer hohen Abhängigkeit von russischen Öllieferungen gibt es für die Mitgliedstaaten Ungarn, Slowakei und Tschechien allerdings Ausnahmeregelungen, um die Energiesicherheit der Staaten nicht zu gefährden. Indes beklagt Ungarns stellvertretender Staatssekretär für Energiesicherheit, Csaba Marosvari, Ungarn würde trotz des Drucks aus Brüssel nicht genug finanzielle Mittel von der EU erhalten, um seine Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu verringern. Ungarn

und die ebenfalls auf russisches Öl und Gas angewiesenen Nachbarstaaten verfügten nicht über genügend Kapital, um sich rasch von Russland zu lösen und dabei schnell auf grüne Energien umzusteigen sowie ihre Importe zu diversifizieren, so Marosvari.

Russland versorgt Teile Europas neben Öl nach wie vor mit großen Mengen Gas, die ebenfalls über Pipelines durch die Ukraine transportiert werden. Hauptlieferant ist der russische Konzern Gazprom, mit dem die Ukraine 2019 einen Transitvertrag für fünf Jahre unterzeichnete. Am 31. Dezember 2024 läuft dieser Vertrag aus, den ukrainische Präsident Selenskyj gab bereits im August bekannt, den Vertrag nicht verlängern zu wollen. Der mögliche Stopp russischer Gaslieferungen durch die Ukraine dürfte europäische Staaten in Versorgungs- und Russland in finanzielle Schwierigkeiten bringen. Welche Auswirkungen dieser Umstand auf Ungarn und seine Nachbarstaaten konkret haben wird, bleibt abzuwarten.

### **Historischer Vergleich sorgt für politische Empörung in Ungarn**

Balázs Orbán, namensgleicher politischer Direktor des Ministerpräsidenten, sorgte für Schlagzeilen in der ungarischen Presse. In einem Podcast des konservativen Wochenblatts Mandiner äußerte Orbán seine Einschätzungen zum Ukraine-Krieg und zog dabei Parallelen zum ungarischen Volksaufstand gegen die Kommunisten von 1956, was für heftige Reaktionen sorgte. Er stellte infrage, ob der Ukraine angesichts der vielen Opfer und der Gebietsverluste nicht besser an einer diplomatischen Lösung des Konflikts gelegen sei. Zudem argumentierte er, dass Ungarn aufgrund seiner historischen Erfahrung im Kampf gegen die Russen möglicherweise anders gehandelt hätte, als es die Ukraine heute tue. Diese Aussagen wurden in weiten Kreisen so interpretiert, dass sich Ungarn im Falle eines russischen Angriffskriegs nicht militärisch verteidigen würde. Dies löste eine Welle der Empörung aus, insbesondere von Seiten der Opposition, die den Vergleich als eine Herabsetzung der ungarischen Freiheitskämpfer von 1956 betrachtete.

Die ungarische Opposition forderte die Entlassung von Balázs Orbán. Die Sozialisten (MSZP) warfen ihm Landesverrat vor und verlangten eine Erklärung, warum die ungarische Regierung gleichzeitig große Summen in die Modernisierung des Militärs investiere, wenn sie anscheinend nicht bereit sei, das Land zu verteidigen. Ministerpräsident Viktor Orbán versuchte die Wogen zu glätten und bezeichnete die Aussagen seines politischen Direktors als „Fehler“. Er betonte, dass Ungarn immer bereit sei, sich zu verteidigen, so wie es dies 1956 getan habe. Die Rolle der Helden von 1956 in der ungarischen Geschichte dürfe niemals infrage gestellt werden. Viktor Orbán stellte klar, dass es nicht sein Ziel sei, die ukrainischen Verteidigungshandlungen zu verurteilen, sondern dass die Äußerungen seines Direktors lediglich als ein Appell für eine diplomatische Lösung des Krieges gemeint gewesen seien.

Politische Analysten werten die Äußerungen von Balázs Orbán als schwerwiegenden Fehler. Der Politologe Gábor Török wies darauf hin, dass solche Aussagen besonders problematisch seien, da sie den nationalen Freiheitskampf Ungarns, der eine zentrale Rolle in der Identität des Fidesz und des Ministerpräsidenten spiele, in ein fragwürdiges Licht rückten. Mária Schmidt, die Direktorin des Museums „Haus des Terrors“, widersprach und betonte, dass sich die Revolution und der Freiheitskampf von 1956 nicht mit der Aggression Russlands gegen die Ukraine vergleichen ließen und auch nicht verglichen werden sollten.

## Neues aus Wirtschaft und Gesellschaft

### *Ungarn verstärkt Militär*

Verteidigungsminister Kristóf Szalay-Bobrovniczky betonte jüngst, dass Ungarn angesichts der geopolitischen Spannungen seine Streitkräfte weiter aufrüste, da trotz friedlicher Ausrichtung die nationale Sicherheit in herausfordernden Zeiten wie diesen gestärkt werden müsse. Am 5. September traf in diesem Rahmen die erste KC-390-Transportmaschine in Kecskemét ein. Das moderne Mehrzweckflugzeug wurde von Embraer, einem brasilianischen Flugzeughersteller, entwickelt und ist für eine Vielzahl von militärischen und humanitären Einsätzen ausgelegt. Die KC-390 kann 26 Tonnen Last transportieren, in der Luft betankt werden und bei Rettungseinsätzen bis zu 74 Verletzte aufnehmen. Die Luftstreitkräfte werden neben der KC-390 auch vier weitere Gripen-Kampffjets und Trainingsflugzeuge aus Tschechien erhalten. Die Aufrüstung wird Ungarns Position innerhalb der NATO deutlich stärken.

Auch Ungarns Panzerbrigade wächst. Auf dem Truppenübungsplatz Szomód bei Tata führte der neu aufgestellte Verband sein erstes Gefechtsschießen durch. Dabei erlebte der moderne Panzer Leopard 2A7HU mit großem Erfolg seine Feuertaufe. Eine moderne mobile Kontrollzentrale überwachte das Schießen der Panzertruppe und ermöglichte per Monitor Einblicke in vier Panzer gleichzeitig. Im September wurden zudem drei weitere Leopard 2A7HU in Tata stationiert, wodurch die Panzerbrigade nun über 24 dieser Kampfpanzer verfügt, so der Verteidigungsminister. Bis 2028 sollen insgesamt 44 Leopard-Panzer sowie fünf Bergepanzer und drei Brückensysteme aus Deutschland geliefert werden.

### *Nationales Talentprogramm modernisiert*

Veronika Varga-Bajusz, stellvertretende Staatssekretärin für Hochschulwesen, Berufsbildung, Erwachsenenbildung und Jugend im Ministerium für Kultur und Innovation, gab kürzlich bekannt, dass die Webseite des Nationalen Talentprogramms (NTP) umfassend erneuert worden sei, um die Begabtenförderung in Ungarn zu verbessern. In den letzten 16 Jahren habe die Regierung 37 Mrd. Forint in das Programm investiert, wovon 19 Mrd. aus Spenden der Einkommensteuer stammten (in Ungarn können Bürger ein Prozent ihrer Einkommenssteuer an gemeinnützige Organisationen spenden). Jährlich profitierten 300.000 bis 350.000 junge Menschen in Ungarn und im Karpatenbecken von den NTP-Angeboten. Die neue Webseite vereint 13 frühere Plattformen und bietet eine übersichtliche Darstellung der verfügbaren Programme, Stipendien und Mentoring-Möglichkeiten. Eine besondere Innovation ist die Talent-Map, die Schulen, Eltern und Organisationen bei der Suche nach passenden Förderangeboten unterstützt.

### *Mentorenprogramm für Grundschüler*

Um Kinder bei der erfolgreichen Bewältigung der Anforderungen weiterführender Schulen zu unterstützen, betreuen in Ungarn ab sofort rund 1.000 Studenten als Mentoren mehr als 4.000 Grundschüler (in Ungarn Klasse 1-8) an 110 Schulen. Diese Schulen befänden sich vorwiegend in ländlichen Gegenden, fernab von Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, erklärte László György, der zuständige Regierungsbeauftragte. In diesem Sinne wurde ferner ein Berufsorientierungscamp für solche Schüler veranstaltet, die über eine Berufsausbildung nachdenken, welches ihnen ermöglichte, verschiedene Unternehmen direkt vor Ort, den Unternehmen wiederum, potenzielle Auszubildende kennenzulernen.

### *Nobelpreisträger wird Chefberater für Wissenschaftspolitik*

Ferenc Krausz, Nobelpreisträger von 2023 und Professor für Physik, der unter anderem an der LMU München forscht und lehrt, wird ab dem 1. Oktober Chefberater für Wissenschaftspolitik im ungarischen Kultur- und Innovationsministerium. Er trat damit von seiner bisherigen Position als Präsident des Rates für Forschungsexzellenz (KKT) zurück, für welche er Péter Domokos, Direktor des Wigner Physikforschungszentrums, als Nachfolger vorschlug. Domokos wird zudem Co-Präsident des Nationalen Büros für Forschung, Entwicklung und Innovation (NKFIH). Ziel der beiden Wissenschaftler sei es, herausragende ungarische und internationale Forscher nach Ungarn zu holen und die Forschung auf internationales Niveau zu bringen. Die Regierung strebt an, Ungarn bis 2030 in die Top 10 der innovativsten Länder Europas, bis 2040 weltweit zu führen.

### *Nacht der Forscher*

Bereits seit rund 20 Jahren wird in Ungarn die Nacht der Forscher organisiert, um jungen Menschen das Thema Wissenschaft näherzubringen. Inzwischen hat sie sich als feste Tradition etabliert. Am Wochenende des 27. und 28. Oktober luden daher erneut 250 Institutionen, Universitäten, Museen, Labore und Bibliotheken in 52 Städten und Gemeinden zu rund 2.600 Programmen ein. Mit dabei waren unter anderem das Telekommunikationsunternehmen Ericsson, das ganze 60 Programme zu den Themen 5G, 6G und künstlicher Intelligenz anbot. Zudem fand ein wissenschaftlicher Ideen- und Konzeptwettbewerb in der Deutschen Botschaft statt und die Straßenbahnlinie 47 fuhr als „Wissenschaftsexpress“ durch Budapest, in dem Experimente durchgeführt wurden. Innovationsminister Balázs Hankó hob hervor, dass Neugier der Schlüssel zur Innovation sei. In den letzten 10 Jahren habe man den Anteil der Forscher und Entwickler in ungarischen Unternehmen von 3.000 auf 6.500 pro 1 Mio. Einwohner steigern können. Diese Zahl solle bis 2030 auf 9.000 erhöht werden.

### *Brand zerstört historisches Höhlenbad Miskolc-Tapolca*

Ein verheerender Brand hat in der Nacht vom 6. September das Thermalbad in Miskolc-Tapolca schwer beschädigt. Ausgelöst durch einen vermeintlichen Kurzschluss breitete sich das Feuer über die 800 m<sup>2</sup> große Dachkonstruktion aus und zerstörte den gesamten Dachstuhl des zentralen Kurbauwerks. Die Feuerwehr war bis in die frühen Morgenstunden im Einsatz, konnte aber nicht verhindern, dass erhebliche Schäden entstanden sind. Die Betreiber vermuten einen defekten Lampenanschluss als Brandursache. Der schnellstmögliche Wiederaufbau des beliebten Höhlenbads aus dem 18./19. Jahrhundert wurde von den Stadtpolitikern Pál Veres und József Tóth-Szántai angekündigt, während bereits Spenden für die Restaurierung gesammelt werden.

## Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

### *Praktikumsausschreibung*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab 2025 **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

### *Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums ausschreibung finden Sie [hier](#).

### *Vergangene Veranstaltungen*

Das Deutsch-Ungarische Institut organisierte einen Doppelfestakt in Berlin und Budapest in Zusammenarbeit mit der **Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V.** und der **Botschaft von Ungarn**. Am **4. September 2024**, anlässlich des 35. Jahrestages der offiziellen Grenzöffnung der österreichisch-ungarischen Grenze am 11. September 1989, fand im Gebäude der Botschaft von Ungarn in Berlin eine Festveranstaltung mit dem Titel „**In Ungarn begann die Freiheit**“ statt. Neben musikalischer Untermalung berichteten Zeitzeugen wie **Ralf SCHULER**, Journalist des Nachrichtenportals Nius, und **Dr. Péter GYÖRKÖS**, Botschafter Ungarns in Deutschland, von ihren Erlebnissen. Grußworte wurden von **Dr. Gerhard PAPKE**, Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, und **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, gesprochen. Den vollständigen Veranstaltungsbericht aus Berlin können Sie [hier](#) lesen.



Am **11. September 2024** lud das Deutsch-Ungarische Institut zum gleichen Anlass wiederum Interessenten ins MCC Budapest ein, wo ebenfalls musikalische Untermalung und Zeitzeugenvorträge stattfanden. Grußworte wurden von der Gesandten der Deutschen Botschaft in Ungarn, **Christiana MARKERT**, **Miklós PANYI**, parlamentarischer Staatssekretär des Ministerpräsidentenamtes, **Dr. Gerhard PAPKE**, Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, sowie **Dr. Zoltán SZALAI**, Generaldirektor des MCC, gesprochen. Den Bericht zur Budapester Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Am **19. September 2024** hielt **Péter DOBROWIECKI**, Forschungsleiter am DUI, einen Vortrag am MCC Dunaszerdahely in der Slowakei zum Thema „**Deutscher Fanatismus – politischer und religiöser Extremismus in Deutschland**“.

Zwischen dem **26. und 28. September 2024** war **Prof. Dr. Rainer LISOWSKI**, Professor für Public Management an der Hochschule Bremen, zu Gast in Ungarn. Im Rahmen seines Aufenthalts hielt Lisowski am **27. September 2024** einen Vortrag am MCC Szekszárd mit dem Titel „**Unter Druck. Westliche Demokratie zwischen innerer Überforderung und äußerer Herausforderung**“. Den Veranstaltungsbericht können Sie unter folgendem [Link](#) abrufen.

Anlässlich der **Nationalratswahlen in Österreich** am **29. September 2024** veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut einen Wahlabend am **MCC Budapest** mit Live-Übertragung und Analyse der Ergebnisse. Die Atmosphäre des Abends war von spannenden Diskussionen und Einschätzungen der Experten **Andor NAGY**, ehemaliger ungarischer Botschafter in Wien, **András HAJDÚ**, stellvertretender Staatssekretär für Politikanalyse im Büro des Politischen Direktors des Ministerpräsidenten, und **Bence BAUER**, Direktor des DUI, geprägt. Moderiert wurde der Abend von der Jurastudentin und MCC-Stipendiatin in Győr, **Dorina BOSITS**. Den Veranstaltungsbericht finden Sie unter folgendem [Link](#).

Am 1. Oktober 2024 hielt **Dr. Hubertus KNABE**, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „**Die Mordanschläge der Stasi**“ an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und Visiting Fellow des DUI, einen Vortrag am **MCC Veszprém** mit dem Thema „**Aus den Geheimarchiven der Stasi – Von der Balaton-Brigade zum Fall der Berliner Mauer**“. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie in Bälde auf unserer Webseite.

#### *Bevorstehende Veranstaltungen*

Am **17. Oktober 2024** lädt das Deutsch-Ungarische Institut zu einem Vortrag von **Prof. Dr. Peter HOERES**, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Würzburg und Visiting Fellow am DUI, ans **MCC Debrecen** ein. Der Vortrag trägt den Titel „**Links und Rechts – noch zeitgemäß?**“ und beleuchtet die anhaltende Relevanz der politischen Unterscheidung zwischen Links und Rechts in der heutigen Zeit sowie die Auswirkungen, welche die normative Aufladung und die veränderte Bedeutung dieser politischen Begriffe heutzutage haben. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie zeitnah auf der Webseite des MCC Debrecen.

Am **21. Oktober 2024** stellen **Bence BAUER**, Buchautor und Direktor des DUI, **Prof. Dr. Werner J. PATZELT**, Forschungsdirektor des MCC Brüssel, und **Jan MAINKA**, Herausgeber der Budapester Zeitung, das Buch „**Ungarn ist anders**“ am **MCC Zalaegerszeg** vor. Nach der Buchpräsentation folgt eine Diskussion mit dem Autor. Details

zur Veranstaltung und zur Anmeldung finden Sie in Kürze auf der Webseite des MCC Zalaegerszeg.

### *Veröffentlichungen*

In seinem Essay „**Ungarn ist anders**“ beleuchtet **Bence BAUER**, Direktor des DUI, in der **Budapester Zeitung** vom **6. September 2024** die einzigartigen historischen, kulturellen und politischen Unterschiede Ungarns im Vergleich zu Deutschland. Er beschreibt, wie sich die ungarische Identität und das politische System – von der Konkurrenzdemokratie bis hin zu einer starken Zentralregierung – von der deutschen Konsensdemokratie und dem Föderalismus unterscheiden. Zudem thematisiert er die enge Verbindung Ungarns zu Deutschland, die sich in Sprache und Kultur widerspiegelt. Den vollständigen Artikel finden Sie [hier](#).

Am Mittwoch, den **11. September 2024**, sprach **Gernot DANOWSKI** im Rahmen von „**Kontrafunk aktuell**“ mit **Bence BAUER**, Direktor des DUI, über 35 Jahre ungarische Grenzöffnung und brisante Themen der europäischen Politik und Sicherheit. Ein Schwerpunkt lag auf Ungarns Drohung, illegale Migranten nach Brüssel zu schicken, welche die Europäische Union in Aufruhr versetzte. Den vollständigen Beitrag finden Sie unter folgendem [Link](#).

### *Besuchstipp*



Buntes Treiben auf dem Villányi Rotwein-Festival.  
(Quelle: csodalatosmagyarorszag.hu)

Vom 4.-6. Oktober 2024 findet im südungarischen Villány das „Villányi Rotwein-Festival 2024“ statt. Es ist das größte Gastronomie-Festival der bekannten Weinanbauregion Villány. Drei Tage lang, von Freitag bis Sonntag, finden von den Weinkellern bis zum Festplatz Veranstaltungen statt, bei denen neben kulturellen und gastronomischen Genüssen auch verschiedene musikalische Darbietungen, traditionelle Vorführungen und ein Ernteumzug geboten werden. Selbstverständlich werden auch die besten Weine der Region zur Verkostung angeboten.

---

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár, Katharina Vilimsky, David Klotz

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)